

Nach Informationen der Nachrichtenagentur REUTERS hat US-Präsident Obama die CIA bereits vor Wochen zur Lieferung von Waffen an die libyschen Rebellen ermächtigt.

LUFTPOST

**Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 066/11 – 15.04.11**

Exklusiv: Obama autorisiert geheime Hilfe für libysche Rebellen

Von Mark Hosenball
REUTERS, 30.03.11

(<http://www.reuters.com/article/2011/03/30/us-libya-usa-order-idUSTRE72T6H220110330>)

WASHINGTON – Von Regierungsvertretern hat REUTERS am Mittwoch erfahren, dass Präsident Barack Obama mit einer geheimen Anweisung eine verdeckte Unterstützung der Rebellen angeordnet hat, die versuchen, den libyschen Führer Muammar Gaddafi zu stürzen.

Obama hat die Anweisung, die als "Presidential Finding" erging, nach informierten Regierungskreisen bereits vor zwei bis drei Wochen gegeben.

Solche "Findings" sind üblich, wenn der Präsident die Central Intelligence Agency / CIA zu geheimen Operationen autorisiert. Sie sind ein notwendiger rechtlicher Schritt, bevor solche Aktionen stattfinden können, bedeuten aber nicht, dass sie auch stattfinden müssen.

"Weil es gängige Praxis aller US-Regierungen ist, Geheimdienst-Angelegenheiten nicht zu kommentieren, werde auch ich mich nicht dazu äußern," erklärte Jay Carney, der Sprecher des Weißen Hauses. "Ich kann nur wiederholen was der Präsident gestern gesagt hat – es ist noch keine Entscheidung über die Versorgung oppositioneller libyscher Gruppen mit Waffen getroffen worden."

Die CIA lehnte jeden Kommentar ab.

Die Information, dass Obama die Genehmigung für Waffenlieferungen erteilt hat, sicherte durch, als der Präsident und andere Offizielle der USA und ihrer Verbündeten offen über die Möglichkeit sprachen, die Gaddafi-Gegner, die mit besser ausgerüsteten Regierungstruppen kämpfen, mit (wirksameren) Waffen auszustatten.

Die USA sind Teil einer Koalition, zu der neben NATO-Mitgliedern auch einige arabische Staaten gehören; diese Koalition fliegt Luftangriffe auf libyschen Regierungstruppen – unter Berufung auf ein UN-Mandat, das sie nur dazu autorisiert hat, Zivilisten zu schützen, die gegen Gaddafi opponieren.

In Interviews, die Obama am Diensta US-Sendern gab, erklärte der Präsident aber, Ziel sei es "Gaddafi unbedingt zum Rücktritt zu zwingen". Er sprach davon, "ihn deshalb unter anhaltenden Druck setzen zu wollen, und zwar nicht nur mit militärischen, sondern auch mit anderen Mitteln" .

Obama erklärte, die USA hätten nicht ausgeschlossen, die Rebellen mit "militärischer Hardware" zu versorgen. "Ich halte es für fair, Ihnen zu sagen, dass wir jeder-

zeit Waffen nach Libyen liefern könnten, wenn wir das wollten. Wir behalten in dieser Hinsicht alle Optionen im Auge, die uns zur Verfügung stehen," teilte er Diane Sawyer, der Chefsprecherin von ABC News mit.

In Washington bestand Außenministerin Hillary Clinton vor Reportern darauf, dass noch keine Entscheidung getroffen worden sei.

US-Offizielle, welche die Ereignisse in Libyen verfolgen, stellten fest, weder die Truppen Gaddafis noch die Rebellen, die den Westen um schwere Waffen gebeten haben, könnten bis jetzt entscheidende Erfolge verbuchen.

Die Luftangriffe der USA und ihrer Verbündeten hätten zwar Gaddafis Streitkräften schwere Schäden zugefügt und ihre Befehlskette unterbrochen, aber die Rebellen seien schlecht organisiert und könnten deshalb keine Vorteile aus der militärischen Unterstützung des Westens ziehen.

Spezielle Operationen

Mit der Praxis der US-Geheimdienste vertraute Leute äußerten, Anweisungen des Präsidenten zu verdeckten Operationen erfolgten normalerweise nur, wenn die US-Regierung damit auch wirklich ein bestimmtes verdecktes Ziel erreichen wolle.

Damit solche Anweisungen – wie die Unterstützung der Gaddafi-Gegner mit Geld und Waffen – auch realisiert werden können, muss das Weiße Haus aber zusätzlich die "Erlaubnis" zu ihrer Umsetzung erteilen.

Ehemalige Offizielle sagen, diese nachfolgenden Genehmigungen liefen bei den Geheimdiensten unter der Parole "Mother may I finding's" (Könnte bedeuten: Jetzt dürfen wir loslegen.)

2009 gab Obama der CIA eine ähnliche Genehmigung für die Ausweitung der US-Terrorbekämpfung im Jemen. Das Weiße Haus bestätigt normalerweise nicht, dass es solche Anweisungen erteilt hat.

Weil die Geheimdienste der USA und ihrer Verbündeten noch viele Fragen zu den Zielen und zur Führung der Gaddafi-Gegner hätten, dürften sich die USA mit verdeckten Waffenlieferungen wahrscheinlich noch so lange zurückhalten, bis sie mehr Information über die Rebellen gesammelt und analysiert hätten, vermuteten Offizielle.

"Bevor wir die Rebellen ausrüsten und ausbilden, müssen wir wissen, wer sie sind," sagte Bruce Riedel, ein ehemaliger führender Nahostexperte der CIA, der Obama im Weißen Haus beraten hat.

Riedel meinte auch, es sei wichtiger, den Rebellen bei der Organisation zu helfen und sie im Gebrauch der (vorhandenen) Waffen auszubilden, als ihnen neue Waffen zu liefern.

Waffenembargo

Waffenlieferungen würden wohl auch das Waffenembargo verletzen, das der UN-Sicherheitsrat am 26. Februar gegen Libyen verhängt hat, obwohl britische, US-amerikanische und französische Offizielle da ein Schlupfloch entdeckt haben wollen.

Offizielle Waffenlieferungen müssten von allen 15 Mitgliedern des Sicherheitsrates genehmigt werden, was nach den jüngsten Entwicklungen sehr unwahrscheinlich ist. Diplomaten sind deshalb der Meinung, dass ein Land, das die Rebellen mit Waffen beliefern will, wohl kaum die Zustimmung des Sicherheitsrates anstreben wird.

In einem Artikel zu Spekulationen über verdeckte Operationen in Libyen, den Anfang März die Website der Voice of America / VOA, des Rundfunksenders der US-Regierung, veröffentlicht hat, wurde eine verdeckte Operation als Handlung der US-Regierung definiert, die dazu dient, "die wirtschaftliche, militärische oder politische Situation in einem anderen Land auf verborgene Weise zu verändern".

In diesem Artikel schreibt der für Geheimdienste zuständige VOA-Korrespondent Gary Thomas, als verdeckte Operationen könnten ganz unterschiedliche Aktionen laufen – Propagandakampagnen, geheime Geldzuflüsse, Wahlmanipulationen, das Bewaffnen und Trainieren von Aufständischen oder sogar die Ermutigung zum Staatsstreich.

Nach Auskunft von US-Offiziellen haben sich auch Saudi-Arabien und Katar, deren Führer Gaddafi verachten, dazu bereit erklärt, den libyschen Rebellen Waffen zu liefern.

Mitglieder des US-Kongresses haben ihre Besorgnis über die Aktivitäten der US-Regierung in Libyen ausgedrückt. Einige haben daran erinnert, dass Waffen, die von den USA und Saudi-Arabien in den 1980er Jahren den Mudschaheddin zur Bekämpfung der sowjetischen Truppen in Afghanistan zur Verfügung gestellt worden waren, später gegen die US-Truppen eingesetzt wurden.

Es wird befürchtet, das könnte auch in Libyen passieren, wenn sich die USA nicht genau vergewissern, wen sie eigentlich mit Waffen beliefern. Der Vorsitzende des Geheimdienst-Ausschusses des Repräsentantenhauses, der Republikaner Mike Rogers, sagte am Mittwoch, er sei gegen Waffenlieferungen an die libyschen Rebellen "zum gegenwärtigen Zeitpunkt".

"Wir müssen mehr über die Opposition wissen, bevor ich mich dafür einsetzen kann, dass sie mit Waffen versorgt werden," erklärte Rogers.

Zu dem Bericht haben Susan Cornwell aus Washington und Louis Charbonneau, der Korrespondent bei der UNO, beigetragen; redigiert wurde er von David Storey und Christopher Wilson.

(Wir haben die aufschlussreiche Agenturmeldung komplett übersetzt und mit einer Ergänzung in Klammern versehen. Anschließend drucken wir den Originaltext ab.)



Exclusive: Obama authorizes secret help for Libya rebels

Mar 30 2011

By Mark Hosenball

WASHINGTON (Reuters) - President Barack Obama has signed a secret order authorizing covert U.S. government support for rebel forces seeking to oust Libyan leader Muammar

Gaddafi, government officials told Reuters on Wednesday.

Obama signed the order, known as a presidential "finding", within the last two or three weeks, according to government sources familiar with the matter.

Such findings are a principal form of presidential directive used to authorize secret operations by the Central Intelligence Agency. This is a necessary legal step before such action can take place but does not mean that it will.

As is common practice for this and all administrations, I am not going to comment on intelligence matters," White House spokesman Jay Carney said in a statement. "I will reiterate what the president said yesterday -- no decision has been made about providing arms to the opposition or to any group in Libya."

The CIA declined comment.

News that Obama had given the authorization surfaced as the President and other U.S. and allied officials spoke openly about the possibility of sending arms supplies to Gaddafi's opponents, who are fighting better-equipped government forces.

The United States is part of a coalition, with NATO members and some Arab states, which is conducting air strikes on Libyan government forces under a U.N. mandate aimed at protecting civilians opposing Gaddafi.

Interviews by U.S. networks on Tuesday, Obama said the objective was for Gaddafi to "ultimately step down" from power. He spoke of applying "steady pressure, not only militarily but also through these other means" to force Gaddafi out.

Obama said the U.S. had not ruled out providing military hardware to rebels. "It's fair to say that if we wanted to get weapons into Libya, we probably could. We're looking at all our options at this point," he told ABC News anchor Diane Sawyer.

In Washington, Secretary of State Hillary Clinton insisted to reporters that no decision had yet been taken.

U.S. officials monitoring events in Libya say neither Gaddafi's forces nor the rebels, who have asked the West for heavy weapons, now appear able to make decisive gains.

While U.S. and allied airstrikes have seriously damaged Gaddafi's military forces and disrupted his chain of command, officials say, rebel forces remain disorganized and unable to take full advantage of western military support.

SPECIFIC OPERATIONS

People familiar with U.S. intelligence procedures said that Presidential covert action "findings" are normally crafted to provide broad authorization for a range of potential U.S. government actions to support a particular covert objective.

In order for specific operations to be carried out under the provisions of such a broad authorization -- for example the delivery of cash or weapons to anti-Gaddafi forces -- the White House also would have to give additional "permission" allowing such activities to proceed.

Former officials say these follow-up authorizations are known in the intelligence world as "Mother may I" findings."

In 2009 Obama gave a similar authorization for the expansion of covert U.S. counter-terrorism actions by the CIA in Yemen. The White House does not normally confirm such orders have been issued.

Because U.S. and allied intelligence agencies still have many questions about the identities and leadership of anti-Gaddafi forces, any covert U.S. activities are likely to proceed cautiously until more information about the rebels can be collected and analyzed, officials said.

"The whole issue on (providing rebels with) training and equipment requires knowing who the rebels are," said Bruce Riedel, a former senior CIA Middle East expert who has advised the Obama White House.

Riedel said that helping the rebels to organize themselves and training them how use weapons effectively would be more urgent than shipping them arms.

ARMS EMBARGO

Sending in weapons would arguably violate an arms embargo on Libya by the U.N. Security Council imposed on February 26, although British, U.S. and French officials have suggested there may be a loophole.

Getting a waiver would require the agreement of all 15 council members, which is unlikely at this stage. Diplomats say any countries that decided to arm the rebels would be unlikely to seek formal council approval.

An article in early March on the website of the Voice of America, the U.S. government's broadcasting service, speculated on possible secret operations in Libya and defined a covert action as "any U.S. government effort to change the economic, military, or political situation overseas in a hidden way."

The article, by VOA intelligence correspondent Gary Thomas, said covert action "can encompass many things, including propaganda, covert funding, electoral manipulation, arming and training insurgents, and even encouraging a coup."

U.S. officials also have said that Saudi Arabia and Qatar, whose leaders despise Gaddafi, have indicated a willingness to supply Libyan rebels with weapons.

Members of Congress have expressed anxiety about U.S. government activities in Libya. Some have recalled that weapons provided by the U.S. and Saudis to mujahedeen fighting Soviet occupation forces in Afghanistan in the 1980s later ended up in the hands of anti-American militants.

There are fears that the same thing could happen in Libya unless the U.S. is sure who it is dealing with. The chairman of the House intelligence committee, Rep. Mike Rogers, said on Wednesday he opposed supplying arms to the Libyan rebels fighting Gaddafi "at this time."

"We need to understand more about the opposition before I would support passing out guns and advanced weapons to them," Rogers said in a statement.

(Additional reporting by Susan Cornwell in Washington and Louis Charbonneau at the United Nations; Editing by David Storey and Christopher Wilson)

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern